

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(81. - öffentliche - Sitzung am 15. April 2026)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausbildung der Juristinnen und Juristen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/8643](#)

Der federführende Ausschuss setzt die Beratung auf der Grundlage der Vorlage 2 des GBD fort und schließt sie ab. Er empfiehlt dem Landtag vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 2 des GBD zuzüglich einiger in der Sitzung beschlossener Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Martina Machulla (CDU).

Ferner empfiehlt er dem Landtag zu der in die Beratung zum Gesetzentwurf einbezogenen Eingabe 01467/01/19 den folgenden Beschluss:

Die Eingabe wird für erledigt erklärt. Der Einsender der Eingabe ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

2. **Gespräch mit den Präsidenten der Rechtsanwaltskammern Braunschweig, Celle und Oldenburg**

Der Ausschuss führt ein Gespräch mit den Präsidenten der Rechtsanwaltskammern Braunschweig, Celle und Oldenburg.

3. **Unterrichtung durch die Justizministerin zu den Auslandsreisen der Justizministerin**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

4. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Laufendes Strafverfahren gegen Göttinger Oberbürgermeisterkandidaten“**

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU zu und bittet die Landesregierung um eine entsprechende Unterrichtung.

5. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung über Maßnahmen zum Schutz von Opfern bildbasierter sexualisierter Gewalt**

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu und bittet die Landesregierung um eine entsprechende Unterrichtung.